



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/103

5. Mai 1950

Hinweise  
auf den Inhalt:

Es geht um 700.000 Menschen (Zur russischen Kriegsgefangenenmitteilg.)	S.1
Republikenschutzgesetze in USA (Bericht aus New York)	S.3
"Pfungstrisiko" und Konkurrenz	S.5
Das russische Betrugsmanöver	S.6

---

## Es geht um 700.000 Menschen

-dt. Selten hat in den letzten Jahren eine Nachricht aus der Sowjetzone in Deutschland soviel Bestürzung hervorgerufen wie die Meldung des Moskauer Rundfunks, dass mit keinen weiteren Heimkehrern mehr zu rechnen sei. Bei Hunderttausenden von Familien, die seit mehr als fünf Jahren zwischen Hoffen und Bangen schwanken, hat diese Nachricht neue Tränen, neue Verzweiflung hervorgerufen. Hunderttausende von Müttern, Frauen und Geschwistern haben nun erfahren, dass sie jahrelang vergeblich um die Rückkehr ihrer Angehörigen gebetet und gebangt haben.

Wir geben an anderer Stelle das von der Kriegsgefangenenhilfe der SPD gesammelte Zahlenmaterial zur Kriegsgefangenenfrage wieder. Es zeigt, dass mindestens noch 480 - 500.000 deutsche Kriegsgefangene, 90.000 verschleppte Frauen und 150.000 zivilinternierte Männer in Russland zurückgehalten werden.

Die Ungeheuerlichkeit dieser Tatsache lässt sich kaum in Worte fassen. Vor kurzem ist nach Lübeck ein Mann entlassen worden, der

noch vom ersten Weltkrieg her in russischer Gefangenschaft weilte. Dieses Schicksal ist nun mehr als 700.000 deutschen Menschen zuge-  
dacht. Wer dazu schweigt, wer dagegen nicht protestiert, und wer  
nicht das letzte Mittel einsetzt, um dieses grösste, im Frieden  
verübte Kriegsverbrechen zu brandmarken und eine Änderung herbei-  
zuführen, der hat das Recht verwirkt, jemals im Namen von Freiheit  
und Menschlichkeit aufzutreten.

Es hat sich erwiesen, dass der Kreml nicht immun ist gegen  
sachlich begründete Protestaktionen der Weltöffentlichkeit. Diese  
Weltöffentlichkeit gilt es jetzt wachzurufen. Es darf kein Mittel  
gescheut, keine Gelegenheit versäumt werden. Vor allem ist es not-  
wendig, dass ein Ausschuss des Bundestags sich dieser Angelegen-  
heit annimmt, dass die Bundesregierung eine entsprechende zentrale  
Stelle schafft, die die bisherigen privaten oder halbamtlichen Be-  
mühungen um die Kriegsgefangenenfrage koordiniert, Material sammelt  
und auswertet; die private Initiative der Heimkehrer aus den letzten  
Monaten muss geweckt und gefördert werden, damit die Verhältnisse  
in den russischen Kriegsgefangenenlagern bis ins letzte durchleuch-  
tet werden; kurz, es darf kein Weg unbesritten bleiben, auf dem  
das sowjetische Zahlenspiel aufgedeckt und der Versuch vereitelt  
werden kann, 700.000 Menschen zu lebenslänglicher Sklavenarbeit zu  
verurteilen.

In wenigen Tagen treten in London die Aussenminister der USA,  
Englands und Frankreichs zusammen. Ihnen sei gesagt, dass den Deut-  
schen heute, so wichtig diese Fragen sind, weder die Erhöhung der  
deutschen Stahlquote, noch eine Änderung des Besatzungsstatutes  
so sehr am Herzen liegt, wie eine Klärung des Schicksals von  
700.000 deutschen Menschen, die fünf Jahre nach Kriegsende noch  
gefangengehalten werden und die nun nie wieder heimkehren sollen.  
Die Alliierten sollten nicht davon ablassen, die Einsetzung einer  
internationalen Kommission zu fordern, die die Kriegsgefangenenfra-  
ge in Russland klärt. Davon darf man sich auch durch die bisherige  
ablehnende Haltung des Kremls nicht abschrecken lassen, denn es geht  
um 700.000 Menschen, die nichts verbrochen haben, als dass sie  
Deutsche sind.

Republikschutzgesetze in den USA

Von Hilde Walter, New York

Pressepolemiken in den Vereinigten Staaten, im befreundeten, wie auch im unfreundlich gesinnten Ausland, beschäftigen sich ständig mit der Frage, wie weit eine Demokratie im allgemeinen und die nordamerikanische im besonderen in der Verteidigung ihrer Existenzgrundlagen gehen kann, ohne ihren eigenen Lebensfaden abzuschneiden. In Wirklichkeit aber sind die gesetzlichen Grundlagen, um deren Sinn und Auslegung ohne jede Beschränkung gestritten werden kann, viel einfacher als die komplizierte politische Wirklichkeit vermuten lässt.

Am Anfang - 1787 - war das Grundgesetz zum Schutz der republikanischen Staatsform gegen "Gewalt im Innern", Artikel IV der Verfassung, die neun ehemalige englische Kronkolonien als bindende Grundlage für ihren Zusammenschluss zur Union der Vereinigten Staaten anerkannten. Darin wurde den gesetzgebenden und ausführenden Organen der neu zu bildenden Bundesregierung die Pflicht auferlegt, jedem der neun Einzelstaaten die republikanische Staatsform zu "garantieren" und sie gegen gewalttätige Angriffe im Innern zu verteidigen. Vier Jahre später aber wurden zehn zusätzliche Verfassungsartikel angenommen (Amendments), um die zuvor vielleicht nicht genügend geschützten Rechte und Freiheiten der Einwohner zu sichern. Diese zehn "Amendments" bilden die berühmte "Bill of Rights".

Artikel I der "Bill of Rights" garantiert vor allem die Religions-, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit und das Recht, sich beschwerdeführend an die Regierung zu wenden; danach darf der Kongress keinerlei Gesetze beschliessen, deren Anwendung diese Freiheitsgesetze einschränken könnte. Wann immer in den folgenden 160 Jahren zum Schutz der republikanischen Staatsform vorgeschlagen oder erlassen wurden - und es gibt und gab deren einige - so musste ihre Rechtsgrundlage auch den Anforderungen der "Bill of Rights" standhalten können. In allen Zweifelsfällen hat der Oberste Gerichtshof (Supreme Court) die letzte Entscheidung zu fällen.

Viele der heute geltenden Gesetze können gegen geplante oder durchgeführte Angriffe auf die republikanische Staatsform angewendet werden, obwohl sie keineswegs zu diesem besonderen Zweck erlassen worden sind; sie richten sich vielmehr gegen die ganze Skala gesetzwidriger, unter allen Umständen strafbarer Handlungen, denen gar

nicht notwendigerweise politische Motive zugrunde liegen müssen.

Ein hochpolitisches, relativ neues Republikenschutzgesetz, das kurz nach Ausbruch des Krieges mit Deutschland erlassen wurde, ist der sogenannte "Smith Act"; darin heisst es:

"Es ist ungesetzlich, wissentlich oder absichtlich den Sturz der Regierung der Vereinigten Staaten durch gewaltsame Mittel oder die Ermordung eines Regierungsmitgliedes zu befürworten, zu unterstützen, zu propagieren oder zu empfehlen, bzw. diese Handlungen als Pflicht, als Notwendigkeit oder als erstrebenswertes Ziel hinzustellen".

Aufgrund dieses Gesetzes sind im Oktober vorigen Jahres 11 kommunistische Parteiführer nach neun Monate währenden Verhandlungen von einem New Yorker Schwurgericht zu fünf, bzw. zu drei Jahren Gefängnishaft verurteilt worden. Aber nicht der hier zitierte Gesetzestext allein bot die Grundlage für ihre Verurteilung. Nach angelsächsischem "Common Law" ist bereits eine von mehreren Personen gemeinsam getroffene Abrede zum Begehen einer gesetzwidrigen Handlung (mag es sich um einen Bankseinbruch, einen geplanten Eifersuchtsmord oder einen geplanten gewaltsamen Regierungsumsturz handeln) strafbar, falls die Verschwörung durch einwandfreie Zeugen bewiesen ist.

Ein weiteres wirksames Mittel zum Schutz der Republik und der demokratischen Freiheiten ist das Recht der Volksvertreter, Untersuchungsausschüsse einzusetzen und Zeugen zu vernehmen. Naturgemäss wird es stärker von den Senatoren der Oppositionspartei angewendet, als von der Partei des jeweiligen Präsidenten, dessen Parteifreunde in der Regierung sitzen. Jeder Partei - der regierenden wie auch der in Opposition befindlichen - ist zuzutrauen, dass sie ihr Recht, Untersuchungsausschüsse zu fordern und einzusetzen, zu parteipolitischer Propaganda und zur Lancierung zugkräftiger Wahlparolen ausnutzt. Aber die stürmische Geschichte einiger, von der Opposition geforderter, mit loyaler Hilfe der Regierungspartei durchgeführter parlamentarischer Untersuchungsausschüsse der letzten Zeit hat erneut bewiesen, dass die politischen und moralischen Vorzüge dieser Republik-Selbstschutzvorrichtung deren Schönheitsfehler überwiegen.

"Pfungstrisiko" und Konkurrenz

Wie eine reife Frucht werde die westliche Welt - eine Ausgeburt des kapitalistischen Systems - den Bolschewismus anheimfallen, so argumentieren die Fachleute Stalins in Welteroherung. Kriege oder offene Revolutionen seien für den Kreml unzeitgemässe Mittel zum Zweck. Westdeutsche Industrielle und Grosskaufleute geben sich alle Mühe, diese These Moskaus zu bestätigen.

Unter dem Einfluss des von Presse und Agenturen emsig gerührten Berliner Pfungstrummels wurde von privater Seite ein grosser Teil der an Westberliner Betriebe gegebenen Aufträge zurückgezogen. Eben gestartete Fabrikationsserien müssen abgebrochen werden; wer gestern nach langem erzwungenen Feiern an die Arbeit gegangen war, kann sich morgen wieder vor Westberlins Arbeitsämtern zum Stempeln anstellen. Auf diese Weise hat Kontrollkommissar Puschkin im Programmteil "Marsch auf Berlin" sein Soll schon planmässig erfüllt.

Die auf Revoluzzer-Ruhm erpichten SEDisten mit ihren handfesten Drohungen waren für ihn ohnehin nur Mittel zum Zweck. Ebenso wie offizielle amerikanische Äusserungen, man werde mit Waffengewalt gegen eindringende FDJler in den Westsektoren vorgehen, so ist auch der Gedanke eines gewaltsamen Aktes in Westberlin für Moskau nur von symbolischer Bedeutung. Drohung und Gegendrohung sind für die grossen weltpolitischen Kontrahenten nur Tests, mit denen man die Entschlossenheit des Gegners an der Kalten Kriegsfront erproben will.

Gewisse Industrie- und Geschäftskreise Westdeutschlands aber versuchen, das "Pfungstrisiko" in selbstmörderischer Kurzsichtigkeit zu nutzen, um die Westberliner "Konkurrenz" abzudrosseln. Das ist eine denkbar unanständige und - nebenher - ebenso törichte Einstellung, denn jede Schwächung Westberlins läuft auf eine Schwächung Westdeutschlands hinaus und bereitet denen den Weg, deren taktisches Grundgesetz es ist, Schwächen des Gegners, wo immer sie sichtbar werden, rücksichtslos auszunützen. Wenn es aber schon so ist, dann sollten sich die betreffenden Stellen der Bundesregierung eigene Massnahmen überlegen, um das Versagen dieser Art von Unternehmer auszugleichen. Das könnte etwa durch Ausfallbürgschaften oder eigene zusätzliche Aufträge geschehen.

Das russische Betrugsmanöver

sp. Anhand der Aufzeichnungen der Kriegsgefangenenhilfe der SPD erweist sich die Meldung des sowjetischen Rundfunks über die deutschen Kriegsgefangenen als ein Betrugsmanöver grössten Stils. Nur in einem Fall decken sich die russischen Zahlen annähernd mit den deutschen Aufzeichnungen, nämlich in den Entlassungen mit rund 1 900 000.

Eine Gegenüberstellung der amtlichen russischen Zahlen ergibt folgendes Bild: Das Oberkommando der Roten Armee meldete am 4. Mai

1945 die Gesamtgefangennahme von 3 180 000 deutschen Soldaten. Weitere rund 700.000 gerieten noch nach diesem Termin in der Tschechoslowakei, im Raum der Oder und in weiteren Südostgebieten in Kriegsgefangenschaft. Ausserdem wurden den Russen von den Engländern und Amerikanern über 100.000 deutsche Gefangene übergeben, das ergibt also eine Gesamtgefangenenzahl von annähernd	4 000 000,
entlassen wurden rund	1 900 000,
mutmassliche Sterbefälle in der Kriegsgefangenschaft	1 600 000,
verbleibt ein ungeklärter Rest von	<u>500 000.</u>

Die einzige variable Zahl dieser Aufstellung ist die der Sterbefälle. Sie ist aufgrund sorgfältiger Erkundungen mit etwa 40 Prozent der Gesamtgefangenenzahl errechnet worden. Aus den Schilderungen von Heimkehrern, vor allem aber aus Totenlisten, die in die Heimat geschmuggelt wurden, ergab sich ein Durchschnitt von 40 Prozent Gestorbenen in jedem Lager. Liest man die Schilderungen besonders aus der ersten Nachkriegszeit, dann wird man diese Prozentzahl als nicht zu niedrig annehmen können.

Auch auf einem anderen Weg ergibt sich die Zahl von rund 500.000 zurückgehaltenen Kriegsgefangenen. Im November 1949 hatte die SPD errechnet, dass noch rund 700.000 Kriegsgefangene in Russland sein müssen. Von damals bis in die jüngste Zeit wurden insgesamt 216.000 Heimkehrer gezählt, wobei sich die entsprechenden Meldungen der "Täglichen Rundschau" mit Vergleichsmeldungen der im Lager Friedland für die britische Zone ankommenden Transporte deckten. Zieht man von den 700.000 (November 1949) die 216.000 ab, verbleibt ein Rest von 480.000.

Es gibt einen wichtigen Anhaltspunkt dafür, dass noch ungezählte Kriegsgefangene in Russland bleiben. Die in den letzten Wochen

nach Friedland eingeschleusten Heimkehrer haben über die Verhältnisse in ihren Lagern genau Bescheid gewusst. Diese Heimkehrer kamen aus insgesamt 903 Lagern. Davon wurden bei der Abfahrt des betreffenden Transportes 360 Lager aufgelöst. In den restlichen 543 Lagern blieben 262.000 Kriegsgefangene zurück. Das war der Stand bis etwa Mitte April. Die verbleibenden Regime-Lager befinden sich hauptsächlich in den Gebieten Karaganda (Westsibirien, Lager 7099), an der tibetischen Grenze, am Ural, im Raum Moskau und im Raum von Archangelsk im Eismeergebiet. Die Zahl von 262.000 ist ohne die Lager zustandegeworden, aus denen in der letzten Zeit keine Entlassungen erfolgten. Dass es noch zahlreiche nicht bekannte Lager gibt, wurde bei jedem neuen Heimkehrertransport klar. Zu den bekannten 262.000 Kriegsgefangenen müssen ausserdem noch etwa 60 bis 80.000 Gefangene gezählt werden, die in den Jahren 1946/48 meist wegen Mordraub oder ähnlicher kleiner Delikte verurteilt, in Zivilstrafgefangene umgewandelt und in der Kriegsgefangenenliste gestrichen wurden. Von ihnen sind bei den letzten Heimkehrertransporten, die zumeist nur sogenannte "Amnestierte" umfassten, nur wenige gezählt worden.

In der sowjetischen Erklärung wird gesagt, dass 9 717 Kriegsgefangene wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden seien. Nun sind mit den "Amnestierten" auch solche Kriegsgefangene heimgekehrt, die aus den Gefängnissen (nicht Straflagern) Smolensk, Gorkij, Reval, Leningrad, Kiew, Moskau, Alma Ata kamen. Nach ihrer Angabe sind in den Gefängnissen weitaus mehr als 9.000 untergebracht.

Die Möglichkeiten, in russischer Gefangenschaft zu sein, sind damit nicht erschöpft. Vor kurzem kehrten Kriegsgefangene zurück, die bei russischen Stäben in Rumänien gearbeitet haben. Es waren nicht die letzten Kriegsgefangenen in diesen Gebieten. Die Russen haben ferner ganze Lager nach Polen transferiert, z.B. nach Hunsfeld bei Breslau.

Die rund 500.000 Kriegsgefangenen sind nicht die einzigen Deutschen in russischer Gefangenschaft. Die Kriegsgefangenenhilfe der SPD hat errechnet, dass sich (bei ebenfalls 40 Prozent angenommenen Verlusten) rund 90.000 verschleppte Frauen und 150.000 zivilinternierte Männer noch in Russland befinden. Entlassen wurden bisher rund 6.000 Frauen und 3 - 4.000 Männer.

Zusammengefasst ergibt sich, dass in Russland oder unter russischer Gewalt noch über 700.000 Deutsche zurückgehalten werden.